

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 91 (1997)
Heft: 1

Rubrik: Zeichen der Zeit : "Sozialer Friede" - wer mit wem?

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zeichen der Zeit

«Sozialer Friede» – wer mit wem?

Es scheint, als habe der soziale Friede in der Schweiz noch einmal eine Bewährungsprobe bestanden. Am letzten Abstimmungswochenende des Jahres 1996 wurde das neue Arbeitsgesetz hochkant verworfen. Das Verdict galt einer Vorlage, die in Wahrheit nicht der Arbeit, sondern dem Kapital dienen sollte, folglich auch kein Arbeitsgesetz, sondern ein Arbeitgebergesetz gewesen wäre. Eine Zweidrittelmehrheit entschied sich gegen die neoliberale Deregulierungsideologie und für den sozialen Frieden. Aber leider gab es noch einen anderen Widerspruch, den der Souverän weit weniger wahrzunehmen schien: Am gleichen Wochenende erhielt die fremdenfeindliche Asylinitiative der SVP mit 47 Prozent Ja-Stimmen mehr als nur einen Achtungserfolg. So stellt sich denn die Frage, ob sozialer Friede ausschliesslich im nationalen Binnenverhältnis von Arbeit und Kapital von Belang sei.

Linke Doppelmoral im letzten Abstimmungskampf?

Tatsache ist, dass die politische Linke, dass insbesondere SP und Gewerkschaften ganz auf die Bekämpfung des *neuen Arbeitsgesetzes* fixiert waren. Das Volk sollte seinen demokratischen Schiedsspruch gegenüber einer Auseinandersetzung mit ungleich langen Spiessen fällen. Insofern stand weit mehr auf dem Spiel als Sonntags- und Nachtruhe. Es ging um den sozialen Frieden, der keiner mehr wäre, wenn seine Bedingungen nur noch von der Kapitaleseite diktiert werden könnten.

Aber liess sich mit der strategischen Bedeutung dieses Abwehrkampfes gegen die Arroganz der Arbeitgeberverbände das fast vollständige Abseitsstehen der Sozialdemokratie gegenüber der *Asylinitiative*

rechtfertigen? Gewiss, SP und Gewerkschaften hatten die Nein-Parole herausgegeben. Aber das war auch schon alles. Das Feld der Auseinandersetzung wurde jenen überlassen, die nur gerade vor der mangelnden «Eurokompatibilität» und dem «administrativen Aufwand» einer Initiative warnten, die Asylgesuche von einem «legalen» Grenzübertritt abhängig machen und die Löhne der Asylsuchenden einer staatlichen Zwangsverwaltung unterstellen wollte. Bundesrat Koller, der so argumentierte, wurde nicht mit den Geistern konfrontiert, die er selbst gerufen hatte. Die SVP hielt sich ja nur an sein Rezept, das Asylrecht soweit auszuhöhlen, wie es mit dem Völkerrecht gerade noch vereinbar wäre. Sollte, was Herrn Koller beim unseligen Zwangsmassnahmengesetz recht war, der SVP bei ihrem ebenso populistischen Vorstoss nicht billig sein?

Gewiss fiel es schwer, den fremdenrechtlichen Status quo gegen eine Initiative zu verteidigen, die ihn an Fremdenfeindlichkeit nur graduell und nicht grundsätzlich übertraf. Aber darum wäre es gerade nicht gegangen, wenn die Linke die Initiative der «Bundesratspartei» SVP als weiteren Auswuchs der herrschenden *Asylverhinderungspolitik* bekämpft hätte, ohne diese im geringsten zu schonen. Auch jene sozialdemokratischen Exponenten in hohen und höchsten Exekutivämtern, die glaubten, die Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht befürworten zu müssen, um so die Fremdenfeindlichkeit einzudämmen, wären gut beraten gewesen, aus dieser Initiative die Lehre zu ziehen, dass Fremdenfeindlichkeit durch fremdenfeindliche Gesetze nicht überwunden, sondern immer weiter geschürt wird.

Wäre sozialer Friede für die Linke ein Grundwert, müsste er verallgemeinerungs-

fähig sein, also auch für die Opfer politischer Verfolgung und ökonomischer Repression in anderen Ländern und Kontinenten gelten. In einer sozial zunehmend friedloseren Welt würde er jene *internationale Solidarität* einfordern, die wir im vergangenen Abstimmungskampf schmerzlich vermisst haben. Sonst verkommt der soziale Friede zur nationalen «Binnenmoral» im globalen Wettbewerb um «Standortvorteile» gegenüber einer ausländischen Konkurrenz, die als «Bedrohung» empfunden und damit ebenfalls eine Ursache von Fremdenfeindlichkeit wird.

Mit dem «nationalen Kapital» gegen den Rest der Welt?

Ein früheres «Zeichen der Zeit» zum «Wirtschaftskonzept der SPS» (NW 1994, S. 94ff.) hat schon einmal davor gewarnt, den sozialen Frieden als zusätzlichen «Standortvorteil» im Wettbewerb der Staaten um die bestmögliche Hätschelung des Kapitals zu propagieren. Die Rechnung wird auch – und glücklicherweise – nicht aufgehen, denn das «nationale» Kapital, mit dem sich die Arbeit gemäss dem historischen Konzept des sozialen Friedens gegen den Rest der Welt verbünden könnte, gibt es je länger desto weniger. Kapital ist so international geworden, dass es sich seinen «besten Wirt» frei von nationalen Bindungen oder sozialen Hemmungen rund um den Globus aussuchen kann.

Damit erhält der Kampf um den sozialen Frieden eine *dialektisch neue Bedeutung*, die seinen Protagonisten noch kaum bewusst ist. Es geht dabei immer weniger um einen «Standortvorteil» und immer mehr um die Durchbrechung der Logik eines mörderischen Standortwettbewerbs. Wer heute die Errungenschaften verteidigt, die gestern den sozialen Frieden mit dem nationalen Kapital gewährleisteten, verhält sich solidarisch zu allen Opfern der Globalisierung. Der Sozialstaat ist für die Logik der Kapitalverwertung ein Hindernis geworden, wer ihn hier verteidigt, hilft damit auch Menschen, die in andern Teilen der Welt vom totalen Markt überrollt werden.

Ist der Neoliberalismus eine Menschheitsplage, so hat jede seiner lokalen Niederlagen eine globale Bedeutung.

Das Bewusstsein dieser neuen Dialektik ist in der Dritten Welt, etwa bei den *mexikanischen Zapatistas*, weiter entwickelt als bei uns. Wolfgang Fritz Haug berichtet in der WoZ (20.12.96), wie Subcomandante Marcos ein Honorar von 500 Dollar für einen seiner literarisch und politisch hintergründigen Texte an die streikenden Arbeiter in Turin überweisen liess. «Die Überweisung des Geldes nach Turin besagte: Helft euch selbst gegen den Neoliberalismus, dann hilft ihr auch uns.»

In der Tat hat der Kampf gegen das neue Arbeitsgesetz dem Neoliberalismus nicht nur in der Schweiz eine – zumindest symbolische – Niederlage bereitet. Je globaler der totale Markt sich durchsetzt, um so mehr erhält auch dieser demokratische Entscheid seine weltweite Relevanz. Darum wäre es Aufgabe der Linken gewesen, den Zusammenhang der beiden Abstimmungsvorlagen herzustellen: Immer mehr politisch Verfolgte und «Wirtschaftsflüchtlinge» erweisen sich als Opfer derselben Ideologie, die bei uns zu sozialen Verwerfungen führt. Der Widerstand gegen die Globalisierung des totalen Marktes wäre daher beste, präventive Asylpolitik. Nicht länger aufgehen darf die Strategie nationalistischer Parteien, die einerseits den Neoliberalismus predigen und andererseits die Flüchtlinge für seine unsozialen Folgen verantwortlich machen. Asylsuchende werden damit zu Sündenböcken des Systems, das Fluchtursachen schafft.

SP und Gewerkschaften haben, fixiert auf eine nationale Engführung des sozialen Friedens die Chance verpasst, diese Zusammenhänge aufzuzeigen. Die fehlende Auseinandersetzung um *Grundwerte*, zu denen auch der richtig verstandene soziale Friede gehört, und um eine gesellschaftskritische *Analyse*, die nicht länger mit der herrschenden Marktlogik konform geht, wirkt sich aus. Was nützen noch so schöne Abstimmungs- und Wahlsiege, wenn linke Politik hinter ihren Möglichkeiten zurückbleibt?